

Bürgerbeteiligung unerwünscht

Zu „Anrainer sehen Sicherheit gefährdet“, Kleine Zeitung vom 27. April 2014

Herr Jandl hat Recht, wenn er das Kärntner Straßengesetz kritisiert. Dieses Gesetz weist keinerlei Rechte für Nachbarn und Anrainern auf und ist in dieser Hinsicht Schlusslicht unter den 9 Landesgesetzen! Wieder ein Beispiel für sinnlosen und teuren Föderalismus! Experten meinen, das Gesetz ist aus diesem Grund nicht verfassungskonform.

Jede Bürgerbeteiligung ist wichtig und gut und sollte gesetzmäßig verankert sein. Mit genauen Spielregeln, an die hat sich jeder zu halten hat.

Jedoch von Politik, Verwaltung und Wirtschaft nicht erwünscht. „Stört unsere Kreise nicht“! Dann würden ja die Bürger kommen und unbequeme Fragen stellen.

Jedenfalls ohne das Korrektiv der Zivilgesellschaft wird es in Zukunft nicht gehen.

Das sieht man aktuell in Riegersdorf und an vielen Beispielen wo Geld durch Fehlplanungen verschwendet wird. Besonders krass in dieser Hinsicht war die Umfahrung in Bad St. Leonhard.

Bei den meisten Projekten läuft es ohne Bürgerbeteiligung falsch. Aktuell bei uns in Weißenstein: Keine ehrlich gemeinte Bürgerbeteiligung, die Politiker wollen sich ein Denkmal setzen, die SPÖ für die Gemeinderatswahl positionieren.

Beim Projekt in Lansach gibt es zwei Jahre Bauverzögerung, jenes in Weißenstein ist ein Schwarzbau und in Weißenbach kann man seit einem Jahr eine noch nutzlose Brücke bewundern. Allein beim zuletzt genannten Projekt werden es wohl mehrere hunderttausend Euro sein, die allein die Landes- und Gemeindepolitik zu verantworten hat. Die Beamten sind weisungsgebunden und die Gutachten der Amtssachverständigen (alles von unserem Steuergeld bezahlt!) ändern sich analog der politischen Konstellation.

Natur-, Umweltschutz-, und Raumordnung sind ohnehin keine Anliegen, die wichtig sind. Dies ist natürlich fatal, weil es die Existenzgrundlage dieses Landes bedroht und sich konkret in Bevölkerungsentwicklung und Tourismuszahlen niederschlägt.

Seitens der ABiK (Allianz der Bürgerinitiativen Kärntens) wollen wir diesen Kreislauf durchbrechen. Festgeschriebene Bürgerbeteiligung, Transparenz (hinsichtlich Planungsablauf, Genehmigungsverfahren und vor allem Kosten) fordern wir konkret ein. Aktuell haben wir diesbezüglich Gespräche mit den im Landtag vertretenen Parteien. Jenes mit Herrn LR Köfer steht noch aus, seine Aussage, dass „Projekte definitiv im Sinne der Bürger durchgeführt werden“ lässt hoffen.

DI Jakob Staunig, Weißenstein